

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau.

Schweizerische Umschau.

In diesem glutvollen Sommer 1921 flatterten viele Festfähnchen unter dem ewig blauen Himmel. Besser gesagt: sie hingen tagüber schlapp und matt an den Fahnenstangen und erst am Abend, wenn der erfrischende Schönwetterwind von den Bergen her über die vielen großen und kleinen Städte, Flecken und Dörfer der Hochebene wehte, flatterten sie stolz, wie es sich für die fünfundzwanzig Banner der fünfundzwanzig helvetischen Republiken schickt! Und in diesen kühlern Stunden drängte sich das laute Volk in den Festhütten, brausender Jubel brach sich an den hölzernen Wänden; in der Hand den vollen Becher, die Stirne mit dem Lorbeerkranz umwunden, vergaß man das Leid und die Not der Zeit, und die guten Jahre von 1880—1900 schienen wiederum für ein glückliches Volk gekommen zu sein. Das Volk wollte einfach seine Feste wieder haben, die es ein halbes Jahrzehnt entbehren mußte. In keinem Jahre vor dem Kriege hat die Festfreude größere Orgien gefeiert, als in diesem Jahre der größten sozialen Krisis. Während die zahlungsfähigen Eidgenossen Feste feierten, wurde durch die Presse bekannt gegeben, daß wir nun 140,000 Arbeitslose zu unterstützen hätten, von denen über 70,000 Volksgenossen, die arbeitsfähig sind, sich dem unfreiwilligen Müßigung ergeben müssen. Weder Belgien, noch Deutschland, noch Frankreich, noch England leiden unter der sozialen Krisis so sehr wie das Volk der festefeiernden Eidgenossen. Während ein Teil des Volkes in den Festhütten sich seines Lebens freut, ringt ein einst blühender Erwerbszweig unseres Landes um seine Existenz, schickt die Industrie ihre Arbeiter auf die Straße, kämpft manche alte Firma um Bestand und guten Namen, findet der Pleitegeier Opfer über Opfer!

Wir wissen, welche Rolle die nationalen Feste seit 1830 in unserem Volks- und Staatsleben gespielt haben. Sie werden diese Rolle auch in Zukunft wieder spielen. Die großen eidgenössischen Schützenfeste z. B. waren von jeher Landsgemeinden des wehrhaften und freigesinnten Schweizervolkes; führende politische Persönlichkeiten sprachen in den zu Unrecht geschmähten Schützenfestreden zu einer festlich gestimmten Menge vom Vaterland, an dem wir Freude haben konnten, weil es geachtet und frei war. Wir waren ein Volk von Brüdern in der Zeit der politischen und wirtschaftlichen Blüte des neuen Bundes. Und wenn vielleicht die Schützenfeste uns zu einer Ueberschätzung unserer innern Kraft verleiteten, wenn wir vielleicht zu leichtfertig uns über die Anzeichen des innern Zerfalls hinwegtäuschten, wir waren ein streng arbeitendes, erfolgreiches, wohlhabendes Volk, das gern bei Festen und stolzen Redensarten das Geldverdienen vergaß und sich sonnte an des Vaterlandes Schönheit und Kraft

Viele hundert Feste haben im Jahre 1921 stattgefunden. Aber, und das ist das Bezeichnende, kein großes nationales Fest, kein Fest der Eidgenossen! Konsequenter hielt sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft von allen Festen fern, an denen auch sog. „Bürgerliche“ teilnahmen. Sie zollten ihren Tribut an der allgemeinen Festseuche in Arbeiterturn- und Sportfesten. Und das nicht sozialistische

Schweizervolk feierte lokale, Bezirks- und Kantonalafeste, nahm an internationalen Wettkämpfen teil. Das Eigenartige und Große an unsern Volksfesten, die vaterländische Begeisterung, war kaum vorhanden, sie konnte an diesen regionalen und kantonalen Festlichkeiten gar nicht recht aufkommen. Die Schweizerfeste des Jahres 1921 hatten keine Verbindung mehr mit dem nationalen Ethos. Wenn in alten, hergebrachten Worten vom Vaterlande gesprochen wurde, so klang es hohl, unwahr, wie etwa das schwülstige Pathos im eidgenössischen Gruß, wie er von den Gesandten der löblichen eidgenössischen Stände in den letzten Lebensjahren der alten Eidgenossenschaft vor Beginn der Tagssagung ausgesprochen wurde. Das festfeierende Volk hörte zu und klatschte dankbar, aber im Innern wurde es von der Erwähnung des Vaterlandes nicht berührt. Der Sportgedanke in seiner Verzerrung und die Genußsucht, die beide unser Volk entnerven, sie beide haben auch unsere Feste entseelt!

Die Festfreude ist zur Festseuche geworden. Und da es in diesem Sommer in der Hauptsache Schützen- oder Sport- und Turnfeste waren, um die sich Hinterfütligen und Krähwinkel bewarben, so mag bei dieser Gelegenheit einmal die Stellung des Gemeinwesens zum Schießen, zu Sport und Turnen betrachtet werden.

* * *

Die „Niederlage der Schweizer“ am internationalen Schützenmatch in Lyon ist bekannt. Sie hat weiten Kreisen unseres Volkes den viel größeren Eindruck gemacht, als etwa der Verlust unserer Rechte auf Hochsavoyen. Nach gewissen Zeitungen hätte man fast glauben können, die Schweizer hätten ein zweites Marignano erlebt. Es wäre zu wünschen, wenn diese Niederlage in Lyon ebenfalls zu einem Rückzug führen würde, zu einer entschlossenen Ab- und Umkehr. Denn das ganze internationale Schießen ist im Grunde genommen ohne jede wirkliche Bedeutung. Wenn der schweizerische Schützenverein sich einmal entschließen sollte, ähnlich wie die Amerikaner, seine Matchgruppe als eigentliche Sportgruppe auszubilden, auf alles Feldmäßige zu verzichten, so hat dieses internationale Schießen für den Staat und für das Schweizervolk kein Interesse mehr. Den schweizerischen Schützen muß gesagt werden, daß der Staat nur einen Schießbetrieb finanziell unterstützen kann, der die Schießfertigkeit möglichst vieler Schweizer fördern will und auch tatsächlich fördert. Verhängnisvoll müßte es für unser ganzes Schießwesen werden, wenn die Stimmen überhand nehmen würden, die das „Sportschießen“ dem militärischen Schießen voranstellen und die den Einfluß der staatlichen Organe auf den Schießbetrieb nur ungern sehen. Und doch hat das Schießen nur dann eine innere Berechtigung, wenn es im Hinblick auf den Krieg betrieben wird, nicht mit unfeldmäßigen Hilfsmitteln, sondern mit unserem Ordonnanzgewehr, wie es vom Wehrmann gefaßt worden ist. Fällt das Ziel hinweg, so wird das Schießen zur Spielerei. Denn an der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes im eigentlichen Sinne kann es, seiner Natur nach, nicht mitwirken. Die Freude an der Kriegswaffe, am Schießen, die Wehrfreudigkeit mit einem Wort zu fördern und im ganzen Volke zu verbreiten, das ist die Aufgabe der Schützenvereine, nicht die Ausbildung von Matchschützen, die mit einer kriegsuntüchtigen Sportwaffe, mit gepolsterten Achseln und mit allen Hilfsmitteln von einem Schützenfest zum andern reisen.

Das Schießen, wenn es wiederum ganz volkstümlich werden soll, muß billiger werden. Müssen doch in Zukunft — wir werden später noch darauf zu sprechen

kommen — die Schützenvereine aller Voraussicht nach die Ausbildung eines großen Teils des Volkes in der Handhabung der Waffen übernehmen. Wenn wir uns klar darüber werden, daß heute der wehrpflichtige Schweizer von über 25 Jahren in der Regel von jedem Militärfkurs befreit ist und offenbar auch befreit bleibt, so verstehen wir die Bedeutung der Schützenvereine für die nationale Verteidigung. Sie sollen verhüten, daß die Waffenenntnis und die Waffenfreude im Volke Schaden leidet, weil die kräftigste Mannschaft der Bataillone aus finanziellen Gründen nicht mehr zu den gesetzlichen Wiederholungskursen einberufen werden kann.

* * *

Ganz ähnlich wie zum Schießen ist die Stellung des Staates zu den Leibesübungen, zu Turnen, Sport und Spiel. Die Sportvereine erfüllt heute fast durchwegs der Rekordwahnsinn. Die körperliche Ertüchtigung des ganzen Schweizervolkes sollte Ziel der Sport- und Turnvereine sein, nicht die Züchtung von Rekordmännern. Bis jetzt haben sich löblicherweise die Turnvereine von der Rekordjagd und vom Sportunwesen fernhalten können. Turn- und Sportvereine sollen dem Staate gleich liebe Kinder sein: die Hauptsache ist, daß der junge Schweizer überhaupt Leibesübungen treibt.

Wie die Schützenvereine müssen auch die Sport- und Turnvereine in Zukunft noch einen größeren Teil der Vorbereitung des wehrfähigen Volkes zur Landesverteidigung übernehmen. Die Ausbildung der Wehrmänner in der Kaserne und in den Wiederholungskursen muß sich in Zukunft auf das soldatische Handwerk beschränken können. Daß der Wehrmann körperlich dazu tauglich gemacht wird, und daß er körperlich dazu tauglich bleibt, das muß Aufgabe der Sport- und Turnvereine sein, so wie die Ausbildung der Schießfertigkeit in der Hauptsache den Schießvereinen überlassen werden muß. Unsere Turnvereine und Sportgesellschaften müssen in Zukunft die Rolle spielen, wie sie die Jahn'schen Turnscharen und die tschechischen Sokoln gespielt haben, resp. heute noch spielen. Und was England dem volkstümlichen Sport verdankt, wissen wir heute alle. Ein sportgestählter, schießfertiger Mann ist in ganz kurzer Zeit ein vollwertiger Soldat, was er nach seiner Einkleidung noch lernen muß, lernt er, wenn er von gutem Geiste erfüllt ist, kinderleicht.

* * *

Schieß-, Sport- und Turnvereine können die Last der Landesverteidigung für das Schweizervolk erträglich machen. Die Landesverteidigung muß popularisiert werden, indem die Vorbereitung dazu zu einem gewissen Teil aus den Kasernen weg auf die Turn-, Sport- und Schießplätze verlegt wird.

Nötig bleibt noch eine viel gründlichere Ausbildung der Führer unseres Heeres aller Grade, auch der Unteroffiziere, und die sorgfältige Ausbildung einer beschränkten Zahl Wehrpflichtiger im modernen Kampfverfahren. Dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht des größeren Teils unserer Männer kann Genüge getan werden, wenn nach einer elementaren militärischen Ausbildung die Förderung der körperlichen Gewandtheit und der Schießfertigkeit den Vereinen überlassen wird.

Nur ein gesundes Volk hat Aussicht, daß es besteht im Kampf um die staatliche Existenz — in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Und da wir kein Bauernvolk mehr sind, so ist die Volksgesundheit unrettbar verloren, wenn nicht bewußt den Schädigungen der Werkstatt, des Fabriksaals und der Schreibstube

entgegengearbeitet wird. Dieser Kampf muß großzügig geführt werden. Er bedeutet die wichtigste Seite der Landesverteidigung. Die Landesverteidigung wird durch Subventionen für die Popularisierung des Schießens, des Turnens und des Sportes mehr gefördert als durch Anschaffung schwerer Artillerie. Was uns not tut, ist ein wehrhaftes und arbeitskräftiges Volk zu bleiben. Einem innerlich kriegstüchtigen Volke wird die mangelnde schwere Artillerie zu gegebener Zeit nicht fehlen.

* * *

Eigentlich wäre es Pflicht des Chronisten, der Zonenfrage zu gedenken. Denn die französische Presse ist in der Lage, das gesamte Zonenabkommen, von dem die Genfer so wenig erbaut sind, wie alle Schweizer, die Gefühl für die nationale Würde haben, vollinhaltlich zu publizieren. Das politische Departement von Herrn Motta scheint es nicht nötig zu finden, das Abkommen in einem deutschen Text bekannt zu geben. Es läßt den geduldigen Teil des Schweizervolkes wieder einmal warten. Die Geheimnistuerei mit unsern „Erfolgen“ in der äußern Politik ist ein charakteristisches Merkmal des neuen Kurses, der mit dem Eintritt des Herrn Ador in den Bundesrat eingeführt hat. Es wird von berufenerer Seite an anderer Stelle der „Monatshefte“ auf die Zonenfrage eingegangen. Pflicht verantwortungsvoller Politiker ist es, dafür zu sorgen, daß das Abkommen mit Frankreich nicht ohne Widerstand dem Referendum entzogen werden kann.

22. August 1921.

Hans Zoppi.

Brief aus Frankreich.

Regierungserklärungen, Parlamentsreden, die große Presse geben ein Bild von dem offiziellen Frankreich und kommentieren die Akte der äußeren Politik, soweit sie nicht dazu da sind, tiefer liegende Motive, uneingestandene, aber entscheidende Beweggründe, geheime Gedanken durch Worte zu verbergen. Worte und Taten des offiziellen Frankreich sind vor aller Augen ausgebreitet; es ist nicht nötig, darüber zu berichten, umsomehr als der Widerhall, den sie in der Welt finden, ihnen genügend Relief gibt. Die französische Außenpolitik wird viel zu ausschließlich nur von außen betrachtet, nach ihren Wirkungen nach außen. Wer fragt sich, was Frankreich, das wirkliche Frankreich und nicht nur die Kammer des „Bloc National“ oder die nationalistische Presse, zu den Taten Frankreichs sagt, wer horcht auf den Widerhall der französischen Außenpolitik im eigenen Land? Es ist ja leider sicher, daß die Ansicht der mit der Regierung nicht einigen Parteien oder Volksteile keinen Einfluß auf die aktuelle Politik ausüben kann. Aber die Verhältnisse können sich ändern; die nächsten Kammerwahlen haben schon große Aussicht, anders auszufallen, d. h. nach links auszuspringen und den Bloc des Gauches, der sich langsam wieder bildet, empor zu tragen. Wäre es aber auch nur um der Gerechtigkeit willen, ein neutraler Beobachter, der in Frankreich, keiner Weltpartei und keiner politischen Partei verpflichtet, lebt, hat die Pflicht, auf alle Stimmen zu hören und den Stimmen der aktuellen Minderheiten Echo zu sein.

Heute herrscht offensichtliche Krisenstimmung. Das Nachgeben in der oberschlesischen Frage, der Mißerfolg in der interalliierten Finanzkonferenz, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen könnten genügen, um einen Sturz Briands

herbeizuführen. Man fragt sich jedoch: was dann? Würde ein Ministerium Poincaré, mit dem man immer drohte, wenn Frankreich gegen England eine Partie verlor, nicht die Allianz der beiden Länder noch mehr schwächen und die Isolierung Frankreichs betonen? Wie aber ein Ministerium Poincaré umgehen ohne Auflösung der Kammer? Tatsächlich geht aus der öffentlichen Diskussion über die letzte Sitzung des obersten Rates hervor, daß Frankreich praktisch isoliert ist, daß man nicht sieht, wie der Gegensatz zu England zu überbrücken ist und daß viele Hoffnungen wanken. Speziell die auf die oberschlesische Karte gesetzten Erwartungen beginnt man abzuschreiben; die Presse, die sich in endlosen Widersprüchen über den Entscheid des Völkerbundsrates ergeht, fängt an, die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, daß Frankreich diese Partie auch vor diesem Forum verlieren wird und darum mit erneuter Energie eine andere Karte auszuspielen hat: Sicherungen am Rhein. Maurice Barrès beklagt sich, daß man den eigentlichen Sinn seiner Vorlesungsreihe in Straßburg über das „Génie du Rhin“ nicht recht begriffen habe, und beginnt im „Echo de Paris“ dieselben Fragen wieder aufzunehmen.

Sicherungen. Ein Wort, das in jeder politischen Rede, in jedem Zeitungsartikel erscheint. Kein Mensch wird die „Nervosität der Franzosen“, wie Lloyd George sich ausdrückte, in Bezug auf Sicherungen nicht verstehen wollen; ein Blick auf die im Krieg zerstörten Provinzen erklärt alles. Und diese Sicherungen verlangt das ganze Volk ohne Ausnahme. Aber Uneinigkeit herrscht darüber, was unter „Sicherungen“ zu verstehen ist und was damit wirklich gemeint wird. Es darf in der Welt kein Zweifel darüber bestehen, daß der Krieg dem französischen Volke die Augen geöffnet hat, nicht nur über die Gefahren des Militarismus in andern Staaten, sondern auch über die Konsequenzen eines eigenen Militarismus. Die Campagne gegen das Abenteuer in Cilicien, die Herabsetzung der Dienstzeit sind Zeugen dafür. Gegen den offiziellen Sicherungs-Militarismus erheben sich laute Stimmen im eigenen Land. Seit langem z. B. verteidigt der „Progrès Civique“ die These, daß durch das verneinende Votum in der Abstimmung über das Prinzip der Abrüstungsfrage die französischen Delegierten des Völkerbundes das Land verraten haben, und daß die Reserven, die Briand zur Abrüstungskonferenz in Washington gemacht habe, eine Täuschung und Enttäuschung der öffentlichen Meinung des französischen Volkes und der Weltmeinung bedeuten. Frankreich habe kein Recht, eine spezielle Behandlung zu verlangen wegen seiner „speziellen Stellung“ und den Forderungen seiner Sicherheit. „In Tat und Wahrheit, das „Speziellste, Eigentümlichste“ in der Stellung Frankreichs ist, daß es, neben England, der einzige veraltete, zurückgebliebene Staat Europas und der Welt ist (le seul Etat suranné de l'Europe et du monde.“ Progrès Civique vom 20. August 1921). Daß die Sicherung im loyalen Hinarbeiten auf eine allgemeine Abrüstung bestehen soll, wozu die Lieferung von Kriegsmaterial an Polen und Rumänien, von der man munkelt und die mit gütigeren Augen angeschaut wird als die Lieferungen Englands nach Griechenland, im Widerspruch stehen, darüber herrscht in der republikanischen und sozialistischen Presse keine Meinungsverschiedenheit. Daß aber die künstlich gesteigerte Nervosität zu einer militaristischen und imperialistischen Ausnützung der „besonderen“ Lage Frankreichs benutzt werde, um die Rechnung der Schwerindustrie (die die Saar-Rohle braucht) und anderer annexionslustiger Kreise (die Frankreichs Grenze am Rhein sehen) zu machen, dagegen macht sich auch in Frankreich selber Widerstand bemerkbar.

Im Verhältnis zu dem deutschen Volk macht sich im französischen Volk, das die akademischen Definitionen Poincarés von „Défiance, Méfiance, Confiance“ nicht mitmachen kann, seit einiger Zeit eine Wandlung geltend, die im Geschrei der großen Presse untergeht für die Welt. Spricht man mit einem Arbeiter, einem Gewerbetreibenden, so kann man nur sehr selten etwas anderes hören, als daß er wünscht, beide Völker möchten in Ruhe bei ihrer Arbeit gelassen werden; „fichez nous la paix et que tout le monde travaille“. Der Ton wird allmählich anders, ich will nicht sagen herzlich, was nicht zu erwarten ist, aber doch gerechter, giftloser. Im Leitartikel eines radikal-sozialen Blattes (*Ere nouvelle*) vom 8. August war das auf eine Formel gebracht worden: „In der Geschäftssprache (der Großindustriellen) sagt man „ein Deutscher“, wie man „ein Engländer, ein Spanier“ sagen würde. Im politischen Vokabular wird der gleiche Deutsche zu einem „sale Boche“. Ich ziehe Breitscheid (der damals in Paris redete), welcher ruft: „Nieder mit dem Krieg!“ dem General Hoffmann, der ihn führt, vor. Und ich konstatiere, daß, wenn es kriegslustige Franzosen gibt, es andererseits pazifistische Deutsche gibt.“ Der „*Progrès Civique*“ seinerseits, dessen weite Verbreitung in Frankreich und besonders in Lehrerkreisen ein gutes Zeichen ist, begleitete in der Nummer vom 13. August einige von hohem Idealismus getragene Aufsätze von Wells über die „Zukunft der Menschheit“ mit redaktionellen Bemerkungen, von denen einige hervorgehoben werden sollen: „Ohne Zweifel, das große Publikum ist voll von falschen Vorstellungen, Vorurteilen, Haßgefühlen, weil es an die Lüge glaubt, die man es gelehrt hat. Es wird nicht erst auf den ersten Aufruf (zur Besinnung) hören, nicht auf den zweiten und vielleicht nicht auf den dritten. Und doch, der Tag wird kommen, wo es hören und antworten wird, denn es hat kein Interesse an der Verewigung des Chaos, an äußern und innern Konflikten, an der Feindschaft der Völker und Rassen. Man hat Engländer, Deutsche, Amerikaner, Italiener, Spanier, Franzosen zu dem was sie im Verkehr mit andern Völkern sind: selbstgerecht, brutal, gewinnsüchtig, herrschsüchtig nur machen können, indem man sie täuschte. Man bringt es nur fertig, sie zum Zubeißen bereit zu halten, weil man ihnen einredete, daß sie Gefahr laufen, selber gebissen zu werden.“ Je mehr diese Gedanken durchdringen, um so schwerer wird sich eine imperialistische Politik verfolgen lassen.

Bis zu einem gewissen Grade mag der Direktor der französischen Akademie, René Doumic, der in ganz unpolitischem Zusammenhang (bei der Aufnahme Robert de Flers) äußerte, das französische Volk sei ungeheuer gefügig und leicht zu leiten unter der Bedingung, daß man ihm die Freiheit lasse, die Regierung zu kritisieren, recht haben. Aber es gibt gewisse Punkte, wo ganz unidealistische Gründe dem Durchbruch idealer Ideen Vorschub leisten können; und ein solcher Punkt sind die Milliardenkredite, welche nötig sind, um für Frankreich die stärkste Landarmee aufrecht zu erhalten.

Ignoriert man diesen Hintergrund, dieses Echo der französischen Außenpolitik, so ändert das zwar am Urteil über diese Politik nichts, führt aber zu ungerechten Urteilen über „Frankreich“ und sein Volk, das ebenso der Verteidigung würdig ist gegen das Urteil, das imperialistische Akte seiner Regierung herausfordern, wie es das deutsche Volk unter reaktionärem Regimente war. K.

Wirtschaftlicher Ausblick.

Wie lange mag die Krise noch dauern, in der sich heute unser gesamtes Wirtschaftsleben windet? Diese bange Frage drängt sich uns täglich neu auf. Und ihr schließt sich die noch bangere an: Wird es überhaupt jemals wieder so kommen, wie es vor dem Kriege war? Oder hat der Krieg zu viel Werte vernichtet, zu einschneidende Minderungen in den europäischen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnissen gebracht, als daß jemals wieder mit einem wirtschaftlichen Blühen und Gedeihen wie vorher gerechnet werden könnte?

Es dürfte schwer fallen, auf diese Fragen schon heute eine endgültige Antwort zu geben. Die Entwicklung, die das Wirtschafts- und Verkehrsleben in den letzten Jahren genommen hat, legt aber schon recht bestimmte Vermutungen nahe. Und diese Vermutungen besagen allerdings, daß für absehbare Zeiten nicht mehr mit einer Wirtschaftsblüte wie vor dem Kriege gerechnet werden kann, weniger wegen der Zerstörung von wirtschaftlichen Werten durch den Krieg als solchen, als vielmehr wegen der Veränderungen, die die Friedensschlüsse in den politischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Bau Europas gebracht haben und die für unser eigenes künftiges verkehrspolitisches und wirtschaftliches Gedeihen schlechte Folgen zu zeitigen drohen. Selbst wenn wir mit einer günstigen Lösung der für unsere Zukunft so unendlich bedeutungsvollen Frage des freien Rheines rechnen, zieht doch die durch den Uebergang Elsaß-Lothringens an Frankreich und die langfristige Besetzung weiterer linksrheinischer Gebiete erfolgte Zerreißung der natürlichen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Einheit des Rheintales auch die Schweiz, besonders in verkehrspolitischer Hinsicht aufs schwerste in Mitleidenschaft.

Das Rheintal, dessen obersten Teil und zugleich Abschluß und Uebergang zur oberitalienischen Tiefebene wir bilden, ist die natürliche Ader, durch die aller Verkehr und Handel vom Norden nach Süden bis an die Alpen und mittels der Alpenbahnen darüber hinweg und umgekehrt vom Süden nach Norden bis zur Nordsee fließt. Je hindernisloser die Bahn, desto umfangreicher und blühender Handel und Verkehr, der sie durchfließt, und dementsprechend umfangreicher und blühender Handel und Verkehr der Schweiz, die jenen nach Süden zu und von Süden her weitervermittelt. In diese natürliche Durchgangsstraße zwischen Nord und Süd hat Frankreich durch sein Fußfassen auf dem linken Rheinufer einen Querriegel hineingeschoben, der insbesondere in den dauernd von ihm in Besitz genommenen Gebieten Handel und Verkehr in der Nord-Südrichtung völlig oder zum großen Teil lahm legte. Frankreich hat bei seinem ausgesprochen zentralistischen Verkehrsschema kein Interesse an dem Bestehen eines großen Handels- und Verkehrslebens, das sich nur an seiner Peripherie — längs des Rheines — abspielt. Sein ganzes Bestreben ist vielmehr darauf gerichtet, den nur seine Peripherie berührenden Verkehr auf seine konzentrisch in seine Hauptstadt einmündenden oder von dieser ausstrahlenden Radiallinien zu leiten. Zu dieser Umleitung gerade aber sollen ihm die in die große Nord-Südstraße des Rheintales hineingeschobenen Querriegel helfen. Dazu kommt noch, daß es zumeist rein privatgesellschaftliche und nicht allgemein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte sind, unter denen Frankreich an die Verwaltung und Bewirtschaftung der neugewonnenen oder besetzten Gebiete herantritt, wodurch die Volkswirtschaften derselben noch schwerer geschädigt werden.

Wie sehr man sich dieser Zusammenhänge auch in den dauernd an Frankreich gefallen Gebieten bewußt wird und wie besorgt man auch dort in die wirtschaftliche Zukunft des eigenen Landes blickt, darüber belehrt uns die Presse der betreffenden Gebiete. So hat beispielsweise die „Lothringer Volkszeitung“ kürzlich (in Nr. 148) folgende sorgenvolle Betrachtung angestellt:

„Allem Anschein nach nähern wir uns in Lothringen und im Elsaß dem Höhepunkt der schweren Krisis, durch welche Handel und Industrie gegenwärtig erschüttert werden. Zunächst wird die Lage sich noch verschärfen und wir müssen uns auf neue, noch größere Schwierigkeiten gefaßt machen. Es fragt sich nur, ob wir hintennach zur Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse gelangen oder ob in diesen nicht eine lähmende Schwäche auf lange zurückbleiben wird. Gewißheit hierüber gibt es nicht, doch lassen sich immerhin aus dem bisherigen Ablauf der Krisis im ganzen gewisse Schlüsse ziehen bezüglich der besonderen Entwicklung. . .

Ueber die Rückwirkung der katastrophalen Entwicklung der gesamten Industrie des Landes auf den Handel braucht weiter nichts gesagt zu werden. Sie wirkt in den gegenwärtigen Verhältnissen schon genug. Auf allen Seiten hört man von Schwierigkeiten, auch in gut fundierten Häusern, besonders im Bekleidungs- und im Lebensmittelgroßhandel. Hier wird einen kaum etwas überraschen. Nur zum Teil liegt dabei die Ursache im sogen. Käuferstreik. Unserem Großhandel sind die Sehnen durchschnitten durch die handelspolitischen und auch verkehrspolitischen Aenderungen. Diese eine Tatsache, daß Saarbrücken der wichtigste Handelsplatz Elsaß-Lothringens geworden ist, besagt alles. Dabei öffnen sich ringsum nur Ausichten, die wenig oder nichts verheißen. Die Zollunion Luxemburgs mit Belgien, die schutzöllnerischen Bestrebungen in der Schweiz, der scharfe Boykott, den Deutschland unserer Einfuhr entgegensetzt, sind jedes für sich schon ein Grund zu ernster Beunruhigung. Diese wird noch verschärft durch unsere verdrehte Verkehrspolitik. Wir haben eine der besten handelsgeographischen Lagen des Kontinents, doch unsere großen Durchgangsstraßen veröden zusehends. Der Frachtverkehr, dem unsere Strecken den besten Weg bieten würden, spielt sich ab — auf der badischen Seite. Die Bahnen in Elsaß-Lothringen werden nicht mehr von volkswirtschaftlichen, sondern von privatgesellschaftlichen Gesichtspunkten aus geleitet. Uns bleiben nur alle Nachteile einer gewissermaßen mit Stacheldraht umzogenen Grenze. Straßburg und Saargemünd sind Erläuterungen dazu. Als Bewegungsmöglichkeit haben wir vornehmlich nur noch den Krebsgang.“

Es wäre in hohem Grade wünschenswert, daß Frankreich heute, wo es seine natürlichen Grenzen überschritten hat, sich in seiner Verkehrspolitik und seinen wirtschaftlichen Richtlinien den gegebenen geographischen, verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen vermöchte. Besitzt es diese Anpassungsfähigkeit nicht, dann wird seine Herrschaft in den unmittelbar betroffenen Gebieten, aber auch in den mittelbar berührten, je länger je mehr als wertevernichtend und wirtschaftsstörend empfunden werden. O.

Bücher.

Die Politik der Entente 1908—1914.

Die Frage der Schuld am Kriege als ausdrückliche Grundlage des Vertrags von Versailles, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt, ist zum wahren Brennpunkt des Völkerlebens geworden. Einen äußerst wertvollen Beitrag zu „dieser wichtigsten aller Fragen“ (G. Demartial) liefert der ehemalige Sekretär der russischen Botschaft in London, B. von Siebert, mit seinem kürzlich bei der Vereinigung Wissenschaftlicher Verleger, Berlin, erschienenen Werke „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre“ (827 Seiten, geh. M. 70.—, geb. M. 80.—). Hier liegt unstreitig die bisher bedeutendste Dokumentensammlung aus den Geheim-Archiven der Gegner Deutschlands vor, eine etwa 860 Aktenstücke umfassende Sammlung vom Herbst 1908 bis Juli 1914, die in ihrem geschichtlichen Wert die belgischen Gesandtschaftsberichte und die sachlicheren Rundschreiben des Brüsseler Ministeriums des Aeußeren („Zur Europ. Politik“, 5 Bde., Berlin) weit übertrifft, da die belgischen Diplomaten in den Fragen der Weltpolitik doch nur aus zweiter Hand schöpfen konnten.

Der Herausgeber legt sein Werk mit dem ausgesprochenen Zwecke vor, eine Entgiftung der internationalen Beziehungen herbeiführen zu helfen. Er hat absichtlich auf jeden verbindenden Text verzichtet, um die Dokumente allein für sich wirken zu lassen, diese jedoch der besseren Uebersicht halber nach Materien geordnet. Dem Historiker und Politiker als neues Quellenwerk ersten Ranges ganz unent-